

# Fasten, wie ich es verstehe

Die Tagespost

---

## Wen interessiert schon die Landespolitik?

Landespolitik ist wichtig, aber in der Regel eher langweilig. Journalisten wissen, dass mit Themen und Personen aus Düsseldorfer Ministerien und dem Landtag weder Auflage noch Quote zu machen sind. Nur einmal alle fünf Jahre geraten die politischen Akteure an Rhein und Ruhr in den Fokus des öffentlichen Interesses: kurz vor den Landtagswahlen.

Jetzt hat die „Rheinische Post“ herausgefunden, dass es aktuell im rheinischen Karneval keine landespolitischen Motivwagen gab, obwohl 2017 ein Wahljahr ist. Die Tageszeitung über das landespolitische Spitzenpersonal: „Zu langweilig, zu blass, zu farblos, nicht bekannt genug.“ Starker Tobak, oder? Dabei ist Landespolitik durchaus eine wichtige Angelegenheit. Die Schulen und damit die Bildung, Polizei und Sicherheit, die Kinderbetreuung sind Themen, die weitgehend in Düsseldorf und nicht in Berlin entschieden werden. Und ob der rot-grüne Vorstoß für ein „Wahlrecht für Alle“ im kommunalen Bereich kommt (und dann hoffentlich vom Verfassungsgericht kassiert wird), entscheidet sich zunächst erst einmal in NRW.

---

## Von der Verzweiflung des bürgerlichen Wählers im Jahr 2017

Sie sind wieder gefordert, meine lieben Leserinnen und Leser! 2017 ist ein sogenanntes Superwahljahr: Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und das Saarland wählen neue Landtage, und dann im September geht es um die Macht in Deutschland, wenn ein neuer Bundestag gewählt wird. So richtig überraschende Ergebnisse erwarte ich persönlich nicht. Klar, interessant wird, ob sich die letzte Hoffnungsträgerin der CDU, Frau Kramp-Karrenbauer, einreicht in die Liste der Wahlschlappen der Christdemokraten, die ja in den Ländern mit Modernisierung und Urbanen-Milieu-Kampagnen zuletzt historische Ergebnisse einfahren konnte. Mancherorts sogar unter 20 Prozent. Und Schulz hat Leben in die müde SPD gebracht und eine kurze Selbstsuggestion dort ausgelöst. Aktuell – „Sonntagstrend“ – scheint das Strohfeuer schon wieder vorbei zu sein.

Der Unterschied zwischen unseren etablierten deutschen Parteien liegt weniger im Programmatischen. Alle wollen Wir-schaffen-das beim Thema Flüchtlinge, alle fürchten das Aussterben der Eisbären, während sich deren globale Population in den vergangenen Jahren vervierfacht hat, alle finden Familie irgendwie altmodisch und Unisex-Toiletten total cool. Sei's drum. Im Grunde ist Realpolitik hierzulande weniger programmatisch als vielmehr philosophisch zu betrachten. Ja, wirklich! Linke, Sozis und Grüne machen Politik, um diese Gesellschaft nach ihren Vorstellungen zu verändern. Liberale sind unbedingt für die Freiheit, trauen sich aber letztlich nicht an die großen Themen ran, etwa das dringend notwendige Reformieren und Zurückstutzen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Wie eine liberale Partei bei staatlich organisiertem Frohsinn mit Milliarden Euros, aus den Haushalten der Bürger qua Zwangsgebühren rausgepresst, leben kann, werde ich nie verstehen. Und die Union? Sie hat zwei eigentliche Ziele: Irgendwie Regieren und das Schlimmste, was die Parteien, die sich noch für Politik interessieren, verändern wollen, verhindern.

Man wünscht sich als Bürgerlicher sehnsüchtig, dass mal einer von der Union oder der FDP vor die Kameras tritt und sagt: Die staatliche Förderung für den Gender-Quatsch in allen Bereichen dieser Gesellschaft muss ersatzlos gestrichen werden! Oder: Müttern sollte man zwei Jahre lang für ihren Dienst an Familie und Land ein Grundeinkommen zahlen! Oder wenigstens: Bürger aus dem Ferienziel Tunesien sollten hier gar keine Asylanträge stellen dürfen. Und wenn sie bei uns einreisen und einen Asylantrag stellen wollen, weist man sie an der Grenze ab und setzt sie ins Flugzeug zurück. HUUUUUUHHH... Grenze? Das geht ja gar nicht. So wie Autobahn.

Was ist los mit den Politikern in diesem Land? Jetzt schreiben mir morgen und übermorgen sicher wieder Leser, die auf die AfD verweisen, die einzige Kraft zur Rettung des Abendlandes und so weiter. Und dann denke ich: das ist ja mal eine interessante Alternative. Und dann sehe ich Herrn Höcke im Fernsehen und Herrn Poggenburg, der über das „Völkische“ an sich öffentlich nachdenkt. Und Herrn Gedeon, der immer noch Mitglied in dieser Partei ist. Die behauptet ja, Deutschland könne quasi über Nacht den Euro abschaffen und aus der EU austreten, aber - leider, leider - einen Antisemiten ausschließen, das sei gar nicht so einfach.

Zwei Mal werde ich in diesem Jahr wählen müssen. Glauben Sie mir: Ich bin verzweifelt!

---

## **Neues vom Niedergang des deutschen Qualitätsjournalismus**

Ich bitte Vorab um Entschuldigung, dass ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal Spiegel-Online (SPON) innerhalb von nur einer Woche zumuten muss. Die waren ja die ersten, die das System mit den täglichen Kommentatoren einführten, das inzwischen viele andere Medien kopiert haben...wir auch.

Nun muss man erinnern, dass die Marke „Spiegel“ für Jahrzehnte in Deutschland für Qualitätsjournalismus stand, und ich finde, in der gedruckten Ausgabe ist das oft noch feststellbar. Seit ich 18 Jahre alt war, lese ich den „Spiegel“, oft mit Genuss. Aber unter „Spiegel“ läuft auch das Online-Portal gleichen Namens, und die Zusammensetzung der Kolumnisten dort ist mir ein echtes Rätsel – mit Ausnahme von Jan Fleischhauer und Sascha Lobo. Aber wer um alles in der Welt gibt einer Margarete Stokowski wöchentlich eine Kolumne, die von Aussagekraft und Diktion jeder mittleren Schülerzeitung zur Ehre gereichen würde? Nicht dass Sie mich falsch verstehen: die Dame kann von mir aus jeden Tag drei Kolumnen schreiben. Ich muss es ja nicht lesen. Aber was machen die verantwortlichen Redakteure von SPON eigentlich beruflich? Liest das keiner vor Veröffentlichung? Ist das eine Selbsthilfegruppe?

Sie verstehen nicht, was ich meine? Dann möchte ich Ihnen auch noch Sibylle Berg vorstellen, die an den Buffets von Vernissagen in Deutschland einen gewissen Stellenwert gewonnen hat, und ebenfalls SPON-Kolumnistin ist. Auch eine SPON-Intellektuelle. Diese Leute da gelten ja gemeinhin als besonders klug, sonst würden sie nicht ihre Sicht der Dinge dort verbreiten dürfen. Aus Frau Bergs aktueller Kolumne einfach mal kommentarlos zitiert:

„Kommen die Konservativen an die Macht, geht es den Frauen immer schlechter.“

„Fast unbemerkt wachsen in vielen europäischen Ländern nationalistische Diktaturen, werden stärker und wuchern in unfassbarer Dummheit und Primitivität.“

„Frauen sind ja auch nicht der Bringer, schau nur: die nationalpopulistischen Führerinnen, die deutschen Nazidamen, die Trumpwählerin, oder all jene, die in Erwartungen von Männern funktionieren.“

„...am Ende haben wir ein ungeheures Manko in der Welt, die wieder Gefahr läuft, eine von männlicher Eitelkeit dominierte zu werden: Wir haben eine Vagina.“

Super, oder? In was für einer Welt lebt Frau Berg, in was für einer Welt leben einige der anderen großen Denker bei SPON? Meinen sie das, was sie schreiben wirklich ernst? Es ist zu befürchten: Ja.

---

## **Sascha Lobo sorgt für allgemeine Verunsicherung - auch bei mir**

Deutschlands führender Internet-Erklärer Sascha Lobo, der mit der Frisur, schreibt viel Erhellendes und Kluges, wenn er sich nicht gerade an Donald Trump abarbeitet. In seiner aktuellen SPON-Kolumne berichtet er über eine Erfindung von Wissenschaftlern der Carnegie University aus dem März 2015. Damit kann man die Iris einer Person aus zwölf Metern Entfernung scannen, ohne dass die betreffende Person es bemerkt. Wahnsinn, oder? Die steile These von Herrn Lobo: In fünf Jahren werden unsere Gesichter

selbst die Personalausweise sein.

Ich weiß von den technischen Möglichkeiten nicht einmal ansatzweise so viel wie der SPON-Kollege, aber seine Gedanken zu diesem Thema sind beunruhigend. Die Zeiten, wo Polizeibeamte in großen Räumen voller Bildschirme, mit Kaffee-Pappbechern bewaffnet, ihre Mitmenschen in Stadtzentren beobachten, neigen sich dem Ende zu. Die Entwicklung läuft unaufhaltsam auf eine automatisierte, inhaltliche Auswertung von Bildern und Filmen hinaus. Und auf die automatisierte Mustererkennung menschlicher Verhaltensweisen. Lobos weitere Schlussfolgerung: „Die Kameras sind die Spitze eines umfassenden, intelligenten Überwachungssystems für mehr gesellschaftliche Kontrolle – Kontrolle auch über Sie.“

Faszinierend...so würde Mr. Spock aus der unvergessenen TV-Serie vom Raumschiff Enterprise jetzt sagen und eine Augenbraue hochziehen. Leser meiner Beiträge wissen, dass ich die staatliche Überwachung des öffentlichen Raumes wenig beängstigend finde. Koks-Dealer in Kreuzberg müssen sie fürchten, nach Frauen grapschende „Nafris“ auch, Handtaschendiebe sowieso. Aber Sie und ich? Wir begehen keine Straftaten im öffentlichen Raum – und hoffentlich auch sonst nicht. Nicht nur in Deutschland wurden versuchte Terroranschläge aufgeklärt, Täter ermittelt und hinter Schloss und Riegel gebracht – durch Videoüberwachung. Warum sollen also nicht Polizisten vor Videobildschirmen oder demnächst Computersysteme dabei zusehen, wenn ich durch die Fußgängerzone von Gummersbach gehe, um in einer Apotheke Aspirin zu kaufen? Sollen sie doch zuschauen, sollen sie mich doch dabei scannen. Das ist mir der Zugewinn an öffentlicher Sicherheit wert. Und – das belegen Umfragen in Deutschland auch – die große Mehrheit unserer Bevölkerung sieht das ebenso. Deutschlands Problem Nummer 1 derzeit ist die zunehmend fragile Sicherheit, nicht ein paar Kameras im Zentrum von Bielefeld.

Lobo wird mich für diese Haltung als naiv betrachten, denn er denkt an die Zukunft, an die Weiterentwicklung der Technik. Und an die Frage: Was, wenn sich die Verhältnisse in Deutschland mal grundsätzlich ändern? Wenn der Rechtsstaat versagt? Wenn böse Buben an die Schalthebel der Macht kommen und Schindluder mit den gewonnenen Daten treiben. Ist das auszuschließen? Ich fürchte nicht...

---

## **Amnesty International setzt heute die falschen Prioritäten**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) hat sich in den Jahrzehnten ihres Bestehens viele Verdienste erworben. 1961 wurde die weltweit aktive NGO (Nichtregierungsorganisation) in London von dem englischen Rechtsanwalt Peter Beneson gegründet. Bewegt durch Medienberichte über die Verfolgung politisch Andersdenkender und Folter im Auftrag von Regierungen, beschloss er, etwas zu unternehmen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen war dabei sein Leitmotiv.

Fortan führte ai weltweit Kampagnen, als in Chile unter Pinochet und in Syrien unter Assad gefoltert wurde, gegen das Apartheidsregime in Südafrika und gegen die Archipel Gulags in der ehemaligen Sowjetunion. Neben vielen anderen Preisen wurde amnesty 1977 zu recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Als heute Morgen die Agenturmeldung vom neu erschienenen Jahresbericht dieser Organisation die Redaktion erreichte, war unser erster Impuls: das nehmen wir mit, das muss auf die Startseite von *TheGermanZ*. Und dann lasen wir, was nach Meinung von amnesty die wichtigsten Menschenrechtsverletzungen auf dem Planeten sind.

Unter der Überschrift „Die Welt ist finsterner geworden“ werden nicht etwa die Konzentrationslager in Nordkorea oder der Genozid in Teilen von Afrika an erster Stelle angeprangert, sondern „eine zunehmende Aushöhlung der Menschenrechte in den USA und Europa“. Die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten sei ganz schlimm wegen der „vergifteten Wahlkampfrethorik“. Und der „böartigste Angriff“ auf die Menschenrechte bestehe darin, dass Politiker „die Anderen“ für soziale Probleme verantwortlich machten. Auch Deutschland kommt nicht gut weg. Die „Verschärfung des Asylrechts und mangelnde Maßnahmen gegen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte“, das sind anscheinend die großen Probleme dieser Welt, wenn es um die Menschenrechte geht. Nicht diejenigen, die in modrigen Kellern Menschen mit Stromstößen in die Genitalien zu Tode quälen, nicht Staaten, die Krieg gegen Volksgruppen führen, in dem sie massenhaft Frauen vergewaltigen lassen. Nicht die, die politische Gegner einfach morgens mal in den Kopf schießen, um sie mundtot zu machen. Oder doch, ja, die erwähnt man natürlich auch. Irgendwie muss man ja alle erwähnen, wenn man einen globalen Bericht veröffentlicht. Aber zur Glaubwürdigkeit dieser einst so furchtlosen und unverzichtbaren Organisation trägt die politische Manipulation durch derartige Gewichtungen der Probleme dieser Welt ganz sicher nicht bei. Die Agenturmeldung haben wir beiseite gelegt.

---

## **Spitzenkandidat Armin Laschet: Mit einer unruhigen Partei lässt sich nicht gut wahlkämpfen**

NRW.jetzt

---

# Lehrstunde für Politiker: Wie unser Staat mit Angehörigen von Opfern umgeht

Bundespräsident Joachim Gauck und Bundesinnenminister Thomas de Maizière haben sich am vergangenen Freitag mit 50 Angehörigen der Terroropfer vom Berliner Breitscheidplatz getroffen und ihnen ihr Beileid ausgesprochen. Der „Tagesspiegel“ berichtet über die Begegnung, dass die beiden hohen Repräsentanten des Staates „fassunglos“ gewesen seien, was ihnen ihre Bürger über persönliche Erlebnisse in den Tagen danach zu berichten hatten. So seien die Angehörigen bis zu drei Tage durch Berliner Krankenhäuser geirrt, um endlich zu erfahren, ob Verwandte unter den Opfern waren. Auch seien Angehörige von Sicherheitskräften daran gehindert worden, am Trauergottesdienst in der Gedächtniskirche teilzunehmen mit der Begründung, es seien „hochkarätige Politiker in der Kirche“.

Der Höhepunkt sei dann ein Schreiben des Landes Berlin gewesen. Dabei habe es sich nicht um ein Beileidsschreiben des Regierenden Bürgermeisters gehandelt, sondern um eine Rechnung der Gerichtsmedizin mit der Aufforderung, innerhalb der gesetzten Frist zu zahlen; ansonsten werde ein Inkassounternehmen das Geld eintreiben.

---

## Linke interessieren sich für Machtpolitik, Bürgerliche eher nicht

Eine aktuelle Meinungsumfrage hat ergeben, dass eine deutliche Mehrheit der SPD-, Grünen- und Linke-Wähler dafür ist, das kommunale Wahlrecht so zu verändern, dass Nicht-EU-Ausländer, die dauerhaft in Deutschland leben, an Kommunalwahlen aktiv teilnehmen dürfen. Das muss man wissen, wenn es in diesem Jahr wieder an die Wahlurnen geht.

Die gute Nachricht: 57,2 Prozent der Befragten insgesamt lehnen diese Idee klar ab. Bei der AfD sind es fast 97 Prozent, aber auch bei Union und FDP 65 Prozent. Die schlechte Nachricht: die linken Parteien interessieren sich für Politik, die bürgerlichen Parteien nur dafür, das Schlimmste zu verhindern. Wir haben das oft erlebt. Findet eine blödsinnige Initiative von Links keine Mehrheit, bringt man sie zwei Jahre später wieder ein. Steter Tropfen höhlt den Stein. Irgendwann wird es dann mal eine Mehrheit geben, weil die Bürgerlichen es leid sind, immer wieder gegen den gleichen Unfug zu Felde zu gehen. Und hat sich die politische Linke in einem Punkt durchgesetzt, dürfen wir davon ausgehen, dass selbst bei einer wechselnden Mehrheit die Bürgerlichen das Rad nicht mehr zurückdrehen.

Als 2005 in Nordrhein-Westfalen nach Jahrzehnten eine bürgerliche Mehrheit aus CDU und FDP zustande kam, tauschte die neue Mehrheit in einer Landesverwaltung mit 330.000 Mitarbeitern rund 60 (in Worten: sechzig) politische Beamte aus. Großer Aufschrei linker Kommentatoren. Als ob für einen

Politikwechsel ausreicht, dass man ein Dutzend Minister und ein paar Staatssekretäre neu besetzt. CDU und FDP übernahmen damals Pressesprecher mit SPD-Parteibuch, der Chef des Verfassungsschutzes – auch SPD-Mitglied – bleibt im Amt. Selbst eine Staatssekretärin der Sozialdemokraten durfte noch eine begrenzte Zeit im Amt bleiben.

Ich will niemandem von denen irgendetwas Schlechtes unterstellen. Ich bin sicher, dass sie eine ordentliche Arbeit abgeliefert haben. Aber wissen Sie, was fünf Jahre später passierte? Rot-Grün wurde wieder in die Verantwortung gewählt und sie schafften alles ab, was die Regierung Rüttgers auf den Weg gebracht hatte. Alles! Und da waren eine Menge guter Dinge darunter, von ernsthafter Sparpolitik über eine moderne Hochschulpolitik bis hin zu Reformen in der Schulpolitik. Alles weg! Nach Monaten war es so, als hätte es die fünf Jahre CDU/FDP an Rhein und Ruhr nie gegeben. Eine Episode. Ausgelöscht.

---

## **Ich würde mich freuen, diesen Abend mit Ihnen zu verbringen**

Liebe Leserinnen und Leser,

ohne Sie alle hier gäbe es diesen Blog nicht. Ohne Sie gäbe es auch die Online-Tageszeitung *TheGermanZ* mit ihren Beibooten *bayern.jetzt* und *nrw.jetzt* nicht. Mehr als 15.000 Leser erreichen wir mit diesem medialen Geleitzug durchschnittlich an jedem Tag. Und das ist noch sehr lange nicht das Ende.

In der kommenden Woche erscheint mein neues Buch mit dem schönen Titel „Bürgerlich, christlich sucht...“. Ich erzähle darin von einem großartigen Land, das zunehmend auf einen falschen Kurs abdriftet. Von absurden tagtäglichen Ereignissen, die wir alle als gegeben hinnehmen, obwohl sie dennoch absurd sind. Von einer bürgerlichen Mitte, die träge geworden ist und den Fehlentwicklungen unserer Zeit lethargisch zuschaut. Und von mir, warum ich das denke, was ich denke, und warum ich noch immer nicht aufgegeben habe, für ein Deutschland zu kämpfen, das sich wieder auf seine Stärken besinnt.

Wo und wie sie das Buch kaufen können, wissen Sie selbst. Wenn Sie es lesen möchten, freue ich mich sehr darüber. *Bestellen können Sie es natürlich auch hier.* Einfach mail an mich schreiben!

Am Samstag, 11. März um 18 Uhr wird der Titel in *Krefeld* erstmals präsentiert – mit einem launigen Rahmenprogramm, mit klugen Beiträgen, Kabarett und Musik. Und zu trinken gibt es auch etwas.

So lange die Plätze reichen, sind Sie herzlich eingeladen, dabei zu sein. Der Eintritt ist frei, gute Launen müssen Sie selbst mitbringen.

Wenn Sie dabei sein möchten, schreiben Sie mir: [kelle@denken-erwuenscht.com](mailto:kelle@denken-erwuenscht.com) . Ich freue mich darauf, viele von Ihnen an diesem Abend zu sehen.

Mit herzlichen Grüßen,  
Ihr Klaus Kelle